

Pressemitteilung



Nr. xx/16 vom 17.03.2016

Sperrfrist: keine

Anzahl der Anschläge: 3.058

Abrufbar unter: www.gdw.de

Baugenehmigungen steigen – Bau von bezahlbaren Wohnungen zielgerichtet fördern

Berlin – "Die Dynamik bei den Baugenehmigungen ist positiv, sie reicht aber nicht aus", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW zu den heute veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes. "Gerade angesichts der stark steigenden Zuwanderung muss die Politik sofort wirksame Maßnahmen ergreifen, damit mehr bezahlbare Wohnungen entstehen.

10 Im Jahr 2015 wurde in Deutschland der Bau von rund 309.000 Wohnungen genehmigt. Das waren 8,4 Prozent oder knapp 24.000 Wohnungen mehr als im Vorjahr. Damit setzte sich das 2009 begonnene Wachstum bei den Baugenehmigungen fort. Im Jahr 2013 hatte das Plus gegenüber dem Vorjahr noch bei 12,9 Prozent gelegen, 2014 waren es 5,4 Prozent.

"Das Wachstum bei den Baugenehmigungen ist positiv, aber es reicht nicht aus, um genügend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen." Derzeit beläuft sich das Wohnungsdefizit in Deutschland insgesamt auf mindestens 800.000 Wohnungen. Das liegt keineswegs nur an der aktuell hohen Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. "Hauptursache des immer akuterem Wohnungsmangels in vielen Großstädten ist, dass in den vergangenen Jahren viel zu wenig gebaut wurde", erklärte GdW-Chef Gedaschko. Die anhaltende Flüchtlingszuwanderung erhöht aber den Handlungsdruck insbesondere in den Wachstumsregionen enorm. Konkret müssten in Deutschland bis 2020 jährlich insgesamt rund 400.000 Wohnungen und damit rund 140.000 Mietwohnungen mehr als in diesem Jahr gebaut werden – davon 80.000 Sozialwohnungen und 60.000 Einheiten im bezahlbaren Wohnungssegment. Für die Wohnungswirtschaft sei klar: "Wir bauen für alle: für Studenten, für ältere Menschen, für Alleinerziehende und Familien und für alle Menschen, die zu uns kommen und ein Bleiberecht haben", so der GdW-Präsident.

20 Damit sich der Aufwärtstrend bei den Baugenehmigungen langfristig fortsetzt, muss die Politik ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergreifen. Der GdW appelliert an Bund, Länder und Kommunen, den Wohnungsbau in den Ballungsregionen zielgerichtet zu fördern, um für viele Mieter untragbare Preise zu verhindern. Dazu gehören neben der Abgabe von Grundstücken nach Konzeptqualität anstelle von Höchstpreisen auch ein Stopp bei den Steuerpreisspiralen und wirksame Maßnahmen zur Senkung von Baukosten. "Die Ergebnisse der Baukostensenkungskommission liegen auf dem Tisch, jetzt muss endlich gehandelt werden."

30 Gedaschko begrüßte die Absicht der Bundesregierung, eine Sonderabschreibung zur Förderung des Wohnungsneubaus einzuführen. "Darüber hinaus halten wir als Alternative eine gleichwertige Investitionszulage für Wohnungsunternehmen, die die Sonderabschreibung nicht nutzen können, für dringend erforderlich", so Gedaschko. Die Bundesregierung müsse nun aufpassen, dass sie die geplanten Anreize für den bezahlbaren Wohnungsbau nicht gleich wieder durch unsachgerechte Neuregelungen im Mietrecht ausbremst, so Gedaschko mit Hinblick auf die derzeit in der Diskussion stehenden Mietrechtsverschärfungen.

40 Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.